

Altenberge, 17. Januar 2022

Haushaltsrede – Sprecherteam Bündnis 90/Die GRÜNEN

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, lieber Karl,
sehr geehrte Ratsmitglieder,
verehrte Mitarbeiter*innen der Gemeindeverwaltung,
liebe Mitbürger*innen,

„Standard“, „08/15“ oder „Tagesgeschäft“ – das sind drei Schlagwörter, die die hauptamtliche Arbeit in der Gemeindeverwaltung und die politische Arbeit in den Ausschüssen und im Rat auf der ehrenamtlichen Seite im letzten Jahr sicher nicht ausreichend oder annähernd treffend bezeichnen. Davon ist in Altenberge nichts zu spüren oder zu merken und – um es vorwegzunehmen – dies wird auch im gerade gestarteten Jahr 2022 so bleiben.

Und dies liegt nicht an der weiterhin allgegenwärtigen Corona-Pandemie, die – das hatten wir sicher alle ein wenig zu hoffen gewagt – wir vielleicht schon weiter zurückgedrängt sahen.

Dies liegt vor allem an den Maßnahmen, Plänen und Projekten für die Gemeinde Altenberge. Wenn man sich die Agenda der Gemeinde, der Gemeindeverwaltung und der Gremien anschaut, dürfte das allen sofort deutlich werden: Zwei Baugebiete – Rönenthal und Bahnhofshügel, Schulzusammenlegung in einem Schulneubau, Rathausneubau, Ansiedlung von Gewerbetreibenden und Ausweisung neuer, großer Gewerbegebiete. Im Zusammenhang mit den Gewerbegebieten die wichtige Entwicklung von sinnvollen nachvollziehbaren Vergabekriterien. Weiter geht es mit Fragen um Marktplatz, Kirchplatz, Boakenstiege, Bauhofgebäude, Seniorenwohnanlage. Dazu Radweg- und

Mobilitätsfragen, Sportgelände, etc. pp.

All dies in seiner Summe wird noch ergänzt um Einzelfragen, -situationen und -entscheidungen, die alle vorbereitet, bewertet und entschieden werden müssen.

Die Zeit ist immer knapp: Zu wenig Zeit, in Zeiten der Pandemie die Haushaltsreden zu halten, zu wenig Zeit für ausführliche Diskussionen und interfraktionellen Austausch, umfangreiche Tagesordnungen und lange Sitzungen dominieren die Ratsarbeit. Uneingeschränkte, offene und dadurch zufriedenstellende Bürgerbeteiligung ist kaum möglich.

Klar wird: Wir müssen effizienter werden, und das funktioniert nur gemeinsam mit allen Fraktionen und der Verwaltung.

Die Herausforderungen sind auf allen Gebieten groß. Wir halten nichts von Inszenierungen für die Presse und die Öffentlichkeit, wir brauchen gute, sachliche Politik von allen, um die Herausforderungen meistern zu können. Bei einigen Themen gab es gute, konstruktive Ansätze der Fraktionen, gemeinsam Kompromisse zu finden und Lösungen zu entwickeln – unerlässlich insbesondere vor dem Hintergrund der Mehrheitsverhältnisse.

Harte sachliche Auseinandersetzungen gehören auch dazu – wir scheuen sie nicht. Die Kernaussagen sollten jedoch die gleichen sein, gleich ob sie in internen Gesprächen untereinander oder gegenüber der Presse und Öffentlichkeit getroffen werden. Vertrauen aufbauen funktioniert nur, wenn sich alle an die Fakten halten und Abläufe und Aussagen nicht im Nachhinein verdrehen. Für politische Spielchen, Halbwahrheiten und Inszenierungen sollten keine Zeit und Energie verschwendet werden.

Denn zudem wird das Ganze nicht nur flankiert (das klingt nach „netter Begleitmusik- oder -erscheinung), sondern geradezu überschattet durch einerseits die Corona-Pandemie und andererseits durch die großen, globalen Herausforderungen angesichts der drohenden Klimakatastrophe. Natürlich spiegeln sich – und müssen sich spiegeln – gerade auch die beiden letzten Aspekte in allen Fragestellungen wider.

Lieber Herr Bürgermeister,
liebe Ratskolleg*innen,
liebe Mitarbeiter*innen der Gemeindeverwaltung,
liebe Mitbürger*innen,

lassen Sie uns im Folgenden einige ausgewählte Schlaglichter werfen auf das vergangene Jahr und zugleich auf die folgenden Sitzungsmonate. Und dabei orientieren wir uns bewusst an den Themenblöcken, die wir im letzten Jahr aufgegriffen haben – vor allem, um Entwicklungen oder auch Stillstand aufzuzeigen.

1. KLIMA-/UMWELT- UND ARTENSCHUTZ

Wir alle wissen wie knapp die Zeit ist, die uns angesichts der Klimakrise zum Handeln bleibt. Wir müssen jetzt handeln und grundlegende Veränderungen vornehmen, um die Klimaziele erreichen zu können.

Eine deutliche Reduzierung von Treibhausgasen weltweit ist nötig, um die voranschreitende Erderwärmung auf deutlich unter 2 bzw. auf 1,5 Grad zu begrenzen. Bereits jetzt führt der globale Temperaturanstieg zunehmend zu Extremwetter wie Hitzewellen, Dürren, Starkregen und Überschwemmungen sowie zum Anstieg der Meeresspiegel. Das bedeutet Umdenken und konsequentes Handeln auf allen Ebenen.

Die Themenfelder Klima, Umwelt und Artenschutz sind Kern- oder sogar Ur-Themen grüner Politik.

Das im März gefasste Urteil des Bundesverfassungsgerichts (BVG, 24.03.2021) belegt eindringlich, dass die Ergreifung umfassender Klimaschutzmaßnahmen zwingend und unausweichlich sind. Auch wenn das BVG-Urteil sich auf die Regelungen des Klimaschutzgesetzes der Bundesregierung bezieht, sind lokale Kraftanstrengungen und Beiträge zur Abwendung der Klimakatastrophe nicht wegzudiskutieren. Zusammengefasst besagt das Urteil, dass die notwendigen Klimaschutzmaßnahmen nicht zulasten der Freiheitsrechte kommender Generationen nach hinten verschoben werden dürfen. Hier sind

Gemeinden und damit politische Entscheidungsträger*innen mehr denn je aufgefordert, Ihre Haltung und Ihr Handeln hieran auszurichten.

Das ist oftmals im Detail schwierig und anstrengend und in der politischen Diskussion mindestens herausfordernd, aber eben unabdingbar.

Umso wichtiger waren und sind die Diskussionen rund um den Antrag der GRÜNEN-Fraktion zum Klimanotstand. Hier wird deutlich, wem es Ernst ist, oder wer hier nur Feigenblätter vor sich herträgt. In Fragen von klimapolitischen Zielen kann es keine zwei Meinungen geben. Klima- und Umweltpolitik ist kein Trendthema, auf das man mal eben für eine billige Punktwertung aufspringen kann. Im Gegenteil: Hier müssen alle Kraftanstrengungen unternommen werden, die erforderlich und möglich sind. Jede Chance auf Anpassung und Veränderung, auf Erzielen eines Effekts zugunsten des Klima-, Arten- und Umweltschutzes muss ergriffen werden. Lokale Politik muss hier vorangehen und Vorbild sein. Die Gemeinde in ihren Projekten positiv nach vorne gehen und ausstrahlen in die Bürgerschaft. Mit Punkten wie Gründachpflicht in Gewerbe- und Baugebieten und mit der Verpflichtung zur Photovoltaik für Gewerbetreibende, um energiepolitisch voranzukommen, sind hier die richtigen Punkte gesetzt. In manchen Bereichen könnten wir als Gemeinde sicher noch fordernder sein. Aber Politik ist eben auch – und oftmals auch leider – Kompromiss.

Wir haben wenig Verständnis dafür, dass angesichts der Warnungen der Wissenschaft und dem Erleben des Klimawandels auch bei uns FDP und CDU nicht bereit waren den Klimanotstand auszurufen und es als Symbolpolitik abtun.

Und es reicht nicht ein wenig Dachbegrünung, ein wenig Photovoltaik. Gebäude, die jetzt gebaut werden, stehen 50 bis 70 Jahre. Wir brauchen Photovoltaik und Solarthermie auf jedem denkbaren Dach. Für uns gehen die Standards für die neuen Gewerbegebiete deshalb nicht weit genug.

Klimaschutz und Wirtschaftlichkeit schließen sich nicht aus. Viele Betriebe haben bereits erkannt welches Wachstumspotential in den erneuerbaren

Energien steckt.

Nicht nur bei den Großmaßnahmen ist die Berücksichtigung von Klima-, Umwelt- und Artenschutz bedeutend. Die kleinen Bausteine (Stichwort „Erhalt der Buchen an der Buchenallee“ – eine Maßnahme, die nun beinahe abgeschlossen ist) tragen ihre Prozentpunkte zum Gesamtziel bei.

Umso absurder sind dann Entscheidungen, die dies nicht berücksichtigen – als Stichpunkt sei hier der unnötige Verzicht auf Pflanzgebote und deren Ausgleich im Zusammenhang mit Bebauungsplanänderungen.

2. MOBILITÄT/RADVERKEHRSKONZEPT

Mit dem Lückenschluss und Schaffung des Radwegs von der Straße Lütke Berg/Aldi bis zum Kreisverkehr an der Umgehungsstraße ist eine erste umgesetzte Maßnahme des Fuß- und Radwegekonzept, das auf die Initiative der Grünen zurückgeht. Elemente, die ein deutliches Signale in Richtung einer veränderten Mobilität sind. Die in diesem Jahr beginnenden Maßnahmen zum Anlegen eines Sicherheitsstreifens an der Laerstraße tragen ebenso dazu bei. Die Planungen für die Veloroute von Münster nach Altenberge schreiten weiter voran. Mit 2024 ist hier erstmals ein zeitlicher Rahmen am Horizont zu erkennen. Doch das kann und darf nicht genug sein. Die Zeichen und Veränderungen hin zu einer veränderten Mobilität, hin zu einer vermehrten Zweiradnutzung müssen weiter vorangetrieben werden. Hierzu zählen auch Maßnahmen in Richtung E-Mobilität und Car-Sharing, aber auch zur Schaffung von mehr Rad- und Fußwegsicherheit sowie letztlich auch der Abbau von Hindernissen, wenn man etwa an die Nutzung von Lastenrädern und Fahrradanhängern denkt. Hier gibt es noch reichlich Handlungs-, weil Verbesserungsbedarf. Das beschlossene Fuß- und Radwegekonzept muss nun zügig weiter abgearbeitet werden.

3. KULTUR-/VEREINSFÖRDERUNG

Im letzten Jahr hatten wir unter dem Eindruck der Corona-Pandemie und dem damit verbundenen Wegfall oder Zusammenbruchs des Kulturangebots in Altenberge mit dramatischen Folgen für die Kulturschaffenden eine Erhöhung des Kulturfonds beantragt, der von allen Parteien mitgetragen worden ist. Die

Notwendigkeit hat sich gezeigt, denn der Fonds ist in voller Höhe ausgeschöpft worden.

Auch für das neue Haushaltsjahr wurde dieser Erhöhung des Kulturfonds einstimmig zugestimmt und sogar für zunächst drei Jahre verstetigt. Kultur ist Reibung, Dialog und Auseinandersetzung, Genuss und Vergnügen. Kultur ist Leben, wenn man es sehr verkürzt formulieren will. Mit der Kulturwerkstatt auf der einen Seite haben wir sicher eine herausragende Anlaufstelle für kulturelle Begegnung – mit Angeboten für Kinder, Jugendliche und Erwachsene. Auf der anderen Seite haben wir zahlreiche Verbände und Vereine, die sich im Kulturbereich engagieren und bedeutsame „Arbeit“ leisten.

An allen Engagierte geht unser ausdrücklicher Dank für den geleisteten Einsatz unter den schwierigen Vorzeichen.

4. SCHULNEUBAU

Der Schulneubau! Hier wurden auch im letzten Jahr viele Diskussionen geführt. Leider werden diese Diskussionen immer wieder auf die Frage der Finanzierung heruntergebrochen. Natürlich – und das ist allen klar – ist eine neue Grundschule immens teuer. Natürlich – und das ist allen klar – haben wir in der aktuellen Situation aus Mangel und explodierenden Preisen – Risiken in der Preis- und Kostenentwicklung. Natürlich – und auch das ist allen klar – muss diese im Auge behalten und berücksichtigt werden. Und natürlich benötigt man ein ausreichend valides Finanzierungskonzept. Aber es sollte doch genauso klar und deutlich sein, dass eine moderne und zukunftsfähige Grundschule kein Sparobjekt ist, an dem man immer wieder über den ein oder anderen notwendigen Raum aus dem verabschiedeten Raumkonzept ziehen und zerren will, an dem man an Ausstattungsgrundlagen oder konzeptionell-relevanten Elementen zweifelt oder sie diskreditiert. Das schafft kein Vertrauen, sondern Unruhe und Unsicherheit. Auf dem Rücken von Kindern, Eltern und Kollegien.

Schule ist eine Investition in die Zukunft. Schule ist Lern- und Lebensort für die Kinder. Sie verbringen zu einem großen Teil den ganzen Tag dort. Es ist Pflicht der Politik, bestmögliche Voraussetzungen für ihre gesunde Entwicklung zu

schaffen. Wir alle wissen, dass es nicht nur darum ging ein neues, zukunftsfähiges Schulgebäude zu planen und zu bauen oder sich für eine oder zwei Grundschulen zu entscheiden, sondern darum, ein Konzept zu entwickeln, das Lernen und Leben vereint. Das vorliegende Konzept ist innovativ und lösungsorientiert. Es gibt keine strikte Trennung zwischen Unterrichts- und Freizeiträumen. Dieses Konzept funktioniert nur, wenn es baulich auch umgesetzt wird.

Und die Gemeindeverwaltung, namentlich unser erfahrener Kämmerer Herr Wolff, der nun im Zuge der Beratungen nun wahrlich nicht als Prasser und Verschwender aufgetreten ist, sondern als besonnen, mahnend, aber auch realistisch und abwägend, hat die Finanzierungsoptionen und die finanziellen Spielräume der Gemeinde ausreichend dargelegt. Die bisherige Darstellung der Finanzierungsmöglichkeiten ist aus unserer Sicht absolut seriös. Die Verwaltung hat die Kosten im Blick. Und populistische Äußerungen in der Öffentlichkeit („Kosten laufen aus dem Ruder“, WN 11.01.2022) haben mit der Realität wenig zu tun. Es wird erhebliche Kostensteigerungen geben, die aber ausschließlich mit gestiegenen Kosten im Baubereich zu tun haben. Populismus, wenn es um Schule geht, war schon immer eine schlechte Idee.

Geplant ist kein Palast oder Luxusobjekt. Nochmal: Ziel ist eine moderne und zukunftsfähige Grundschule, die den pädagogischen und zeitlich ausgeweiteten Betreuungsanforderungen und insbesondere den Bedürfnissen der Kinder gerecht wird.

5. RATHAUSNEUBAU

Und noch Projekt – noch lange nicht so weit vorangetrieben wie der Schulneubau – aber eben noch ein Projekt, das sicher bei der Vielzahl von Projekten auf der Altenberger Agenda wohl überlegt sein muss: der „Rathausneubau“. In einem nach klaren und transparenten und zudem standardisierten Architektenwettbewerb wurde seitens der Fachjury aus einem breiten Spektrum an eingereichten Entwürfen ein im wahrsten Sinne des Wortes erstklassiger Wettbewerbsbeitrag als Sieger ausgezeichnet.

Nun gilt es, dieses Projekt weiter voranzubringen, mit Ruhe und Augenmaß.

Unter Berücksichtigung der Finanzlage, der finanziellen Möglichkeiten (und der Fördermöglichkeiten), der zu stemmenden Projektlage in der Verwaltung, aber auch unter Berücksichtigung der Interessen der Mitarbeiter*innen der Gemeinde an einem zeitgemäßen Arbeitsplatz und zeitgemäßen Arbeitsbedingungen sowie der Interessen der Bürger*innen nach einer Verwaltung und einem Verwaltungsgebäude auf Höhe der Zeit (inklusiv, partizipativ, attraktiv).

6. GEWERBEGEBIETE

Die Bedeutung der Gewerbebetriebe in ihrer ganzen Bandbreite, in ihrer ganzen Bandbreite an Unternehmensgröße und -vielfalt für die Gemeinde darzulegen ist Eulen nach Athen zu tragen. Gewerbesteureinnahmen, Schaffung von attraktiven, zukunftsfähigen Arbeitsplätzen, Unternehmerinnen und Unternehmer als Investierende und auch als Engagierte in Kultur, Sport und im Sozialen sind die Stützen der Gemeinde. Der Mix an Gewerbebetrieben in Altenberge ist sehr ausgeprägt – zum Vorteil Altenberges. Der Mix ist Grundlage einer Unabhängigkeit von konjunkturellen Entwicklungen und Schwankungen in einem Gewerbe-Segment, in einem Wirtschaftsbereich. Altenberge ist Sitz zahlreicher innovativer Unternehmen, die sich hier vor Ort entwickelt haben und weiter entwickeln wollen. Gut für Altenberge und seine Bürger*innen. Aber eben auch Herausforderung an Verwaltung und Politik. Denn Gewerbegebiete zu entwickeln und angemessene Flächen für Interessierte anzubieten ist eine anspruchsvolle Aufgabe. Die berechtigten Interessen der Gewerbetreibenden, die Interessen der Politik und der Gemeinde und die der Bürger*innen oder „der Gesellschaft“ sind zusammenzuführen. Kümper V und Altenberge Süd sind aktuell in der Entwicklung, an bestehenden Standorten in den anderen Gebieten wird ebenso erweitert und geplant. Und zu dieser Entwicklung von Gewerbeflächen muss neben der rein wirtschaftlichen Betrachtung oder dem Blick auf die Gewerbesteureinnahmen auch der Blick auf die ökologischen und Klimaschutzherausforderungen gerichtet sein. Klar ist: Gewerbegebiete tragen wesentlich zum Flächenfraß bei, zu Versiegelung und zum Verlust von Naturraum. Klar ist, dass „die Gesellschaft“ letztlich diesen Preis zahlt. Und deshalb muss auf der anderen Seite ein Katalog an Forderungen und Verpflichtungen gegenüber

den Gewerbetreibenden stehen, der – ausgewogen und abgestimmt – letztlich die endliche Ressource Fläche mit einem (auch für die Unternehmen) angemessenen Preisschild versieht. Dabei ist die Balance zu wahren zwischen Zwang und Freiwilligkeit und Forderung und Förderung. Ein Weiter-so der Vergangenheit kann es aber nicht geben.

Nochmals: Boden ist definitiv nicht vermehrbar. Die Fläche einer Gemeinde ist endlich. Angesichts dessen müssen wir sparsam damit umgehen. Das sollten wir uns sowohl bei der Ausweisung von Wohngebieten als auch von Gewerbegebieten immer vor Augen führen. Jeder Quadratmeter, den wir heute zubauen und damit zusätzlich versiegeln, heißt Vernichtung von Naherholungsgebieten, von landwirtschaftlicher Nutzfläche, von Versickerungsflächen und Wasserspeichern nach Regenfällen. Dazu kommen die CO₂-Effekte durch Bauwirtschaft, Straßen und Infrastruktur. Mit allen bekannten Auswirkungen auf das Klima auch auf das Mikroklima.

7. Rönenthal Teil III

Die Bebauung des Rönenthal Teil III ist beschlossen. Die Planungen weit vorangetrieben. Die Vergabe der – zugegeben überschaubaren Anzahl an – Einfamilien- und Doppelhausgrundstücken kann zügig erfolgen. Nun gilt es, für die restlichen Flächen am Rönenthal III Vergabeformen mit konkreten Anforderungen an die Bebauung mit Hilfe eines Kriterienkatalogs mit ökologischen, sozialen und städtebaulichen Merkmalen voranzubringen.

Die getroffenen Festsetzungen in den anderen Abschnitten zu begrüntem Flachdächern bzw. flach geneigten Dächern in den Abschnitten I und I sowie die energetischen Vorgaben zu Mindeststandards sind die dringend erforderliche Reaktion auf die Folgen des Klimawandels.

8. BAHNHOFSHÜGEL

Auch wenn in der Öffentlichkeit der Eindruck entsteht, am Bahnhofshügel tue sich nichts und hier stehe – wer auch immer – auf der Bremse. Der Eindruck trügt. Die Entwicklung eines Baugebietes – in der Lage, mit der Topographie und ja auch mit den Anforderungen und mit den Kriterien, die festgesetzt worden sind, ist anspruchsvoll. Und wie alle Planungsprozesse vor allem auch langwierig. Das Zusammenspiel und die Regularien aus Bauleitplanung, Aufstellung von Flächennutzungs- und Bebauungsplan und Öffentlichkeitsbeteiligung ist komplex. Die Themen- und Diskussionsvielfalt, die an diesem einzigartigen Areal auftritt, ist enorm. Es gleicht an vielen Stellen der Quadratur des Kreises und ist für Planer und Verwaltung herausfordernd: Flächen, Größen, Anteile, Anforderungen, Ansprüchen und Herausforderungen.

Wie im Bereich der Gewerbegebiete gilt es die gesamtgesellschaftlichen Herausforderungen (Klima, Umwelt), die sozialen Aspekte (Naherholung, Wohnraum, Bezahlbarkeit, Wohnformen, Finanzierbarkeit u.v.m.) treffen hier auf die Fragen von Gemeindefinanzierung & Mehr.

Wir haben bereits in der Diskussion der Vergangenheit, in den Gremien und auch der Öffentlichkeit gegenüber herausgearbeitet, warum wir hier für die geschaffenen Vorgaben votiert haben. Diese gilt es nun kreativ und zielorientiert nach vorne zu entwickeln. Die Planerinnen und Planer haben gute Vorschläge unterbreitet. Mit denen können nicht alle politischen Parteien gleichermaßen leben. Aber nur zu betonen, man habe es ja anders gewollt und lautstark zu spekulieren oder sich zu echauffieren, was alles nicht gelänge, ist zwar vielleicht öffentlichkeitswirksam und in Richtung der eigenen Wählergruppe relevant, zeigt aber auf der anderen Seite wenig Tendenz zur konstruktiven Mitarbeit. Hier sei zum Beispiel auf die fehlende Zustimmung für die notwendigen finanziellen Mittel für die Freianlagenplanung verwiesen.

9. Teilhabe/Partizipation

Wir freuen uns sehr, in der heutigen Ratssitzung beschließen zu können, dass Mitglieder des Teilhabebeirats zukünftig in den Ausschüssen als sachkundige Einwohner*innen u.a. die Interessen von Menschen mit Behinderungen vertreten können und frühzeitig in alle Planungen einbezogen werden. Unser Antrag zu den Haushaltsberatungen im vergangenen Jahr wird damit teilweise umgesetzt.

Unterstützung durch Verwaltung und Politik wird weiterhin auf allen Ebenen notwendig sein, um Teilhabe in unserer Gemeinde erlebbar zu machen.

Wir begrüßen die Einstellung der Baukosten für die Rampe am Marktplatz. Es ist nicht einfach für politische Vertreter*innen eine Entscheidung zu treffen, wenn unterschiedliche Gruppen, die betroffen sind (Seniorenbeirat, Teilhabebeirat) konträre Meinungen vertreten und entsprechende Anträge stellen. Letztendlich geht es nicht darum, wer Recht hat, welche Interessen berechtigt sind und welche nicht und ob die gesetzlichen Vorschriften eingehalten wurden. Diese Diskussion ist müßig – es geht darum eine Lösung zu finden, wenn sich eine Personengruppe durch die Bauweise massiv benachteiligt und ausgeschlossen fühlt.

Unser Antrag für die Erarbeitung einer Konzeption zur Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in allen Bereichen sowie zeitnah niedrigschwellige Beteiligungsformen zu erarbeiten und umzusetzen wurde einstimmig von allen Fraktionen beschlossen. Erste Mittel wurden hierfür in den Haushalt eingestellt.

Unsere Demokratie braucht Menschen, die Verantwortung übernehmen und sich einmischen. Wir müssen dafür sorgen, dass Kinder und Jugendliche sich auch einmischen können und dürfen und ihnen Gehör geschenkt wird.

Ein erster Schritt ist getan, wir freuen uns sehr darüber und sichern unsere weitere Unterstützung zu.

10. STELLENPLAN

Nicht nur die räumlichen Rahmenbedingungen (Stichwort Rathausneubau) müssen langfristig gedacht und umgesetzt werden. Auch die Personal- und Stellenplanung muss vorausschauend sein. Die Verwaltungen und natürlich auch die Verwaltung in Altenberge steht wie alle anderen Arbeitgeber im Kampf um die besten Köpfe und ist gleichzeitig oftmals aufgrund des engen tariflichen Rahmens der öffentlichen Verwaltungen im Nachteil. Dennoch haben Altenberge und eine Tätigkeit in und für die Gemeinde natürlich auch ihren Reiz. Das ist unter anderem sicher auch die Vielfalt der gemeindlichen Aufgaben und Projekte. Damit sind wir am Anfang unserer Haushaltsrede. Altenberge hat eben hier kein 08/15 zu bieten, sondern ein Potpourri.

Anforderungen und Aufgaben wachsen. Diesen wird mit Stellenschaffungen und -bewegungen in den Fachbereichen angemessen begegnet. Sei es im Bauamt, im Sozialamt oder in dem so wichtigen Bereich, der verwaltungsübergreifend relevant ist: der Digitalisierung.

Ausreichend personelle Ressourcen sind Grundlage zur Bewältigung der qualitativen und quantitativen Anforderungen an die Gemeinde. Es ist zu erwarten, dass wir auch hier sehr genau und mit Augenmaß prüfen müssen, inwieweit personelle Aufstockungen notwendig sind.

11. DANK UND ZUSTIMMUNG

Zum Schluss ist es Zeit zu danken: Wir danken den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aller Fachbereiche für Ihre geleistete Arbeit, für Ihre Unterstützung bei unseren Anliegen als Ratsmitglieder.

Unserem Kämmerer Herrn Wolff und seinem Team sei gedankt für die Erarbeitung des Haushalts- und Stellenplans und seine Bereitschaft, uns immer wieder das Zahlenwerk verständlich zu machen.

Danke für Ihre Unterstützung!

Der Haushalt ist strukturell ausgeglichen – nicht selbstverständlich in diesen Zeiten. Was wir in die Haushaltsberatungen eingebracht und letztlich beschlossen haben, ist auch ein Versprechen für die Zukunft. Lassen Sie uns die Herausforderungen mit Zuversicht angehen!

Die Fraktion Bündnis 90/Die GRÜNEN im Rat der Gemeinde Altenberge stimmt der vorgelegten Haushaltssatzung und dem Stellenplan zu.

Fraktionssprecherteam
Ursula Kißling | Stefan Lammers

Fraktion
Bündnis 90/Die GRÜNEN
im Rat der Gemeinde Altenberge

Ursula Kißling Stefan
Lammers

Anschrift Ursula
Kißling
Fraktion Bündnis 90/Die GrünenAm
Hang 9

48341 Altenberge

Tel.: 02505 / 3689 (U. Kißling)

02505 / 937407 (S. Lammers)

Mail: sprecherteam@gruene-altenberge.de